

# Evangelische Verantwortung

## Evangelische Identität in einer pluralen Gesellschaft

Dr. Hermann Barth,  
Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD

Identität – dieser Begriff klingt in vielen Ohren nach langwierigen historischen, philosophischen oder psychologischen Überlegungen. Aber man kann es viel einfacher haben. Im Englischen steht „Identity card“ für „Personalausweis“. Wenn ich zeigen soll oder zeigen will, wer ich bin, muss ich mich ausweisen. Dementsprechend lässt sich die Frage nach evangelischer Identität – die sich in einer pluralen



*„Wir haben den Auftrag, von dem Gott Zeugnis abzulegen, der sich in Jesus Christus kenntlich gemacht hat.“*

Gesellschaft mit besonderer Dringlichkeit stellt – so formulieren: Wie weisen wir uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus? Auf diese Frage gebe ich im Folgenden 10 Antworten. Einem Merksatz folgt jeweils eine knappe Erläuterung:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Kindeswohl und „Eltern“glück	6
Evangelisches Leserforum	10
Kongress christlicher Führungskräfte	11

### 1. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir die Botschaft von der freien Gnade Gottes ausrichten.

Von Gott ist hierzulande in den öffentlichen Diskursen und im kulturellen Bereich nicht sehr viel die Rede. Vielleicht kann man aus heutiger Perspektive sagen, dass sich da etwas zu ändern begonnen hat. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Die Gottesvergessenheit ist nach wie vor groß, und sie reicht hinein bis in die Kirchen. Nicht wenige genießen sich, von Gott zu reden. Ganz anders bei den unter uns lebenden Muslimen. Eine Lehrerin an einem der Gymnasien Hannovers erzählte mir folgende Begebenheit: Als sie in einer 9. Klasse im Fach Geschichte die Entstehung von Klöstern und Orden im Mittelalter behandelte, kam nach einer Unterrichtsstunde ein türkischer Schüler zu ihr und fragte sie: „Glauben Sie an Gott?“ Diese Frage ist uns in der jüngeren Vergangenheit doch meist nur als skeptische oder spöttische Frage begegnet.

Wir können uns als evangelische Kirche und evangelische Christen freilich nicht damit zufrieden geben, dass überhaupt von Gott geredet wird, von irgendeinem Gott, von einem höheren Wesen, das irgendwie alle verehrten. Wir haben den Auftrag, von dem Gott Zeugnis abzulegen, der sich in Jesus Christus kenntlich gemacht hat. Mit den Worten der Barmer Theologischen Erklärung, deren 70. Jahrestag wir im letzten Jahr begangen haben: „Der Auftrag der Kirche ... besteht darin, an Christi Statt ... durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“ Wir haben also einen Gott zu bezeugen, der

*Wer das Letzte aus dem Blick verliert oder für gegenstandslos erklärt, der steht in der Gefahr, alle seine Erwartungen von Glück und Seligkeit auf den Bereich des Vorletzten zu richten.*

allen, die sich ganz auf ihn verlassen, eine unzerstörbare Würde und ein festes Herz verleiht und der es uns auf diese Weise abnimmt, unsere eigene Kraft und überhaupt die menschlichen Kräfte zu überfordern.

## **2. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir Menschen in die Nachfolge Jesu rufen und sie an Gottes Gebot erinnern.**

Jesus Christus ist nicht nur Gottes Zuspruch. „Mit gleichem Ernst“ – so nehme ich noch einmal die Barmer Theologische Erklärung auf – „ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“. Diesem Anspruch Gottes auf das ganze Leben der Menschen korrespondiert auf deren Seite die Suche nach Wegweisern und Orientierungspunkten. Viele unserer Zeitgenossen lassen sich zwar nicht davon beeindrucken, dass es das Gebot Gottes ist, das dieses oder jenes fordert. Aber sie haben alle Antennen ausgefahren, um überzeugende Maßstäbe kennen zu lernen. Es kommt also darauf an, ihnen die 10 Gebote und die Jesusgeschichten einladend und gewinnend nahe zu bringen.

## **3. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir unseren Glauben als eine Kraft zur Zivilisierung der Welt erweisen.**

Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte in der Ausgabe vom 24./25. April 2004 einen Beitrag, in dem der Autor in einer Mischung von Stolz und Trotz verkündete: Wir sind Heiden – „Europa hat die Nabelschnur zur Religion, die es durch die tausendjährige Schwangerschaft des Mittelalters getragen hat, endgültig durchtrennt.“ Töricht und ärgerlich an diesem Beitrag ist insbesondere die Leichtfertigkeit, mit der alle Beiträge der jüdisch-christlichen Tradition zur Bildung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses über das, was sich gehört, abserviert werden. Aus welchen Quellen speisen sich denn Bereitschaft und Fähigkeit, sich der Schwachen anzunehmen? Wo lernt man es, den Blick für das fremde Leid zu bewahren? Auf welchem Nährboden wächst eine Kultur der Barmherzigkeit? Was bringt uns dazu, den Sonntag und die Feiertage als heilsame Unterbrechung der alltäglichen Geschäftigkeit festzuhalten? Ich behaupte nicht, die Orientierung an der jüdisch-christlichen Tradition bringe verlässlich oder gar automatisch solche Resultate hervor. Ich sage auch nicht, für all die beschriebenen Anforderungen stehe nur die jüdisch-christliche Tradition zur Verfügung. Aber so sehr viele geistige Ressourcen und kulturelle Kräfte, auf die wir für die Zivilisierung der Welt rechnen dürfen, haben wir nicht. Es kommt also darauf an, die Quellen, aus denen sich der Konsens über das,

was sich gehört, speisen kann – von den Manieren als der Kultur des Alltags bis zur rechtlichen Einhegung der Anwendung militärischer Gewalt –, neu zu erschließen.

## **4. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir die Unterscheidung zwischen dem Letzten und dem Vorletzten praktizieren.**

Die Unterscheidung zwischen dieser Welt und dem Himmelreich, zwischen diesem Leben und dem ewigen Leben ist dem christlichen Glauben von der Bibel her eingestiftet. Die Lieder unseres Gesangbuches sind voll von Verweisen auf das, was nach diesem Leben und jenseits dieser Welt kommen wird. Wenn von den „letzten Dingen“ nicht oder nur in Restbeständen die Rede ist, dann wird die christliche Hoffnung nicht nur reduziert auf eine Schwundstufe: „Hoffen wir allein in diesem Leben auf Christus, so sind wir die elendsten unter allen Menschen“ (1. Korinther 15,19). Sondern dies hat auch Folgen für die Einstellung zu diesem Leben und dieser Welt. Wer das Letzte aus dem Blick verliert oder für gegenstandslos erklärt, der steht in der Gefahr, alle seine Erwartungen von Glück und Seligkeit auf den Bereich des Vorletzten zu richten. Damit aber werden dieses Leben und diese Welt maßlos überfordert. Die Rede von den „letzten Dingen“ ist oft unter den Verdacht gestellt worden, sie betreibe bloß Vertröstung aufs Jenseits. Ich will nicht bestreiten, daß es solche Fehlentwicklungen gegeben hat. Aber *abusus non tollit usum*, der Mißbrauch macht den rechten Gebrauch nicht unmöglich: Die Unterscheidung zwischen dem Letzten und dem Vorletzten bewahrt davor, dieses Leben und diese Welt grenzenlos zu überfordern und – im äußersten Fall – fanatisch zu ihrem Glück zu zwingen, und sie stärkt darum die Fähigkeit, sich sowohl im persönlichen als auch im politischen Leben auf Kompromisse einzulassen.

## **5. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir den Sinn für das Heilige wecken.**

Vom Heiligen zu sprechen geht von der Voraussetzung aus: In der Welt ist nicht alles gleich, es ist nicht alles profan, sondern aus dem Meer des Gewöhnlichen ragt das Besondere, das Ausgesonderte, das Unberechenbare, also das Heilige raus. Die radikale Verdiesseitigung des Lebens, die über Jahrzehnte bestimmend war, befriedigt viele Menschen nicht mehr. Damit wachsen die Chancen, in ihnen wieder den Sinn für das Heilige zu wecken: für heilige Zeiten, heilige Räume, heilige Bücher, heilige Themen, heilige Personen. Das aktuellste Beispiel ist der Schutz der Sonn- und Feiertage. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (vom 9.

*Aus welchen Quellen speisen sich denn Bereitschaft und Fähigkeit, sich der Schwachen anzunehmen? Wo lernt man es, den Blick für das fremde Leid zu bewahren? Auf welchem Nährboden wächst eine Kultur der Barmherzigkeit? Was bringt uns dazu, den Sonntag und die Feiertage als heilsame Unterbrechungen der alltäglichen Geschäftigkeit festzuhalten?*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**die furchtbaren Folgen des Bebens im Indischen Ozean haben fast alles in den Hintergrund treten lassen, was uns sonst im Alltag bewegt und wichtig ist.**

Die Katastrophe hat geradezu „apokalyptische“ Ausmaße und übersteigt unser menschliches Fassungsvermögen: erst Tausende, jetzt über 170 000 Tote! Hatten wir nicht geglaubt, dass es nichts Schlimmeres geben könnte als zum Beispiel jenen 11. September 2001 in New York? Auch diese dramatischen Bilder lassen sich nicht mehr in unseren Köpfen auslöschen, als 3 000 Menschen unter den Trümmern zweier Wolkenkratzer jämmerlich begraben wurden.

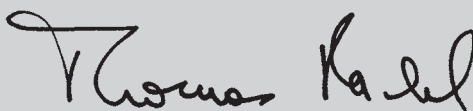
Diese Bilder und die einzelnen Schicksale lassen uns nicht mehr los. Wir denken an die arme Fischersfrau aus Sri Lanka und ihren Schmerz über den Verlust ihrer Familie. Oder wir denken an den kleinen Jungen, der mit seinen Eltern zum Badeurlaub nach Phuket gefahren ist und jetzt als Waisenkind auf dem Frankfurter Flughafen steht. Es ist ein Leid, so ohne Schuld, es ist ein vollkommen unverständliches Leid, das insbesondere auch für unseren Glauben eine große Anfechtung darstellt. Ich finde, dass das Verheißungswort Christi, das uns in der Jahreslosung 2005 zugerufen wird, derzeit nicht aktueller sein könnte. Wenn Christus spricht: „Ich habe für dich gebetet, damit dein Glaube nicht aufhöre“ (Lk. 22,32), so dürfen wir dieses Wort an Petrus auch auf uns selbst beziehen. Diese Worte belegen in deutlicher Weise, dass Gott uns auch im schwersten und

unverständlichsten Leid unseres Lebens seines unmittelbaren Beistandes gewiss machen will. Er helfe uns allen, insbesondere aber den direkt Betroffenen, dass dieser Zuspruch gerade auch inmitten all des Schrecklichen der letzten Wochen in den Herzen dennoch tröstlich spürbar werden kann.

Dieser Zuspruch helfe uns aber auch, uns erneut daran zu erinnern, was wir, die wir von einer solchen Katastrophe bisher verschont geblieben sind, aus Dankbarkeit und Schuldigkeit für unsere Nächsten in Fern und Nah zu tun vermögen. In solchen Stunden der Not und Bedrohung scheint die Menschheit ein wenig zusammengerückt zu sein. Ob daraus etwas Neues und Hoffnungsvolles erwachsen kann? Letztlich liegt dies auch in unserer aller Hand. Wir beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) wollen in unserer politischen Arbeit dazu mit aller Kraft und ganzem Herzen auch im Jahre 2005 wieder unseren Beitrag leisten. Dazu helfe uns Gott!

Mit den besten Grüßen und Segenswünschen für die Passionszeit

Ihr



Thomas Rachel MdB  
(Bundsvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*In solchen Stunden der Not und Bedrohung scheinen die Menschen ein wenig zusammengerückt zu sein. Ob daraus etwas Neues und Hoffnungsvolles erwachsen kann?*

Juni 2004) zum Ladenschluss ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass sich auch eine säkulare Gesellschaft den Sinn für heilige Zeiten bewahren oder ihn wiedergewinnen kann. „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“, wie die Weimarer Reichsverfassung in Artikel 139 die Sonn- und Feiertage in einer klugen Formulierung beschrieb, sind ein Stachel im Fleisch. Sie stören und verunsichern. Denn der Mensch definiert sich nur zu gern über seine Arbeit und seine Leistung. Die Heiligung des Sonntags, ja schon seine bloße Existenz erinnern daran: Der Mensch ist nicht einfach das, was er aus sich macht.

#### **6. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir unseren Glauben in der Gemeinschaft der Kirche leben.**

Den evangelischen Christen wird häufig nachgesagt, sie hätten kein Verhältnis zur Kirche. Dass eine solche Einstellung faktisch anzutreffen ist, lässt sich nicht leugnen. Sie bedarf der beharrlichen Korrektur und besseren Belehrung. Niemand kann für sich allein Christ sein. Und wer es eine Zeitlang erfolgreich zu tun meint, der muss doch ehrlicher Weise einräumen, dass sich die Spur des christlichen Glaubens in der Geschichte verloren hätte und in der Zukunft verlieren würde, wenn es die Gemeinschaft der Kirche nicht gäbe, in der die Verkündigung des Wortes Gottes geschieht und rein erhalten wird.

#### **7. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir fromm sind.**

Der Kurswert der Frömmigkeit – und schon ihr Verständnis – hat starken Schwankungen unterlegen. Frömmigkeit als die Ausbildung und Einhaltung bestimmter religiöser Formen stößt im evangelischen Raum heute noch weitgehend auf Skepsis. Aber die verbreitete Warnung vor bloßen Äußerlichkeiten erscheint – angesichts von deren offenkundigem Fehlen – eher als hohl. Eine Balance zwischen Innen und Außen, zwischen Haltung und Form, zwischen Glauben und Ritus zu erreichen, bildet vielmehr eine große, keineswegs gelöste Aufgabe. Auch die evangelische Freiheit verträgt sich mit Formen, ja, sie verlangt nach Formen. Das gilt zunächst für das persönliche Leben; ich denke beispielsweise an die Sitte des Tischgebets oder den regelmäßigen Umgang mit Bibel und Gesangbuch. Es gilt aber auch für das gemeinschaftliche kirchliche Leben, etwa die Teilnahme am sonntäglichen Gottesdienst oder die Pflege gottesdienstlicher Formen und Formeln statt ihrer Ersetzung durch individuelle Liebhabereien. Auch im Blick auf Formen religiöser Lebenspraxis könnte – wie im Falle des Redens von Gott – die Begegnung mit anderen Religionen eine heilsame Provokation werden.

#### **8. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir in der Kirche keiner menschlichen Institution die Verfügung über die Wahrheit zuerkennen.**

Wenig anderes ist für die Differenz zwischen evangelischem und römisch-katholischem Kirchenverständnis so charakteristisch wie das Verhältnis von Kirche und Wahrheit. Während das römisch-katholische Kirchenverständnis von der Überzeugung geprägt ist, dass der vorfindlichen Kirche mit ihren Ämtern und Strukturen die Wahrheit bleibend verheißen sei und darum unter bestimmten Bedingungen von der Unfehlbarkeit kirchlicher Lehre gesprochen werden dürfe, ist in dieser Hinsicht der grundlegende Satz des evangelischen Kirchenverständnisses: Konzilien können irren, jede menschliche Instanz der vorfindlichen Kirche kann irren. Daraus ergibt sich auch ein – jedenfalls grundsätzlich – positives Verhältnis zum innerkirchlichen Pluralismus. Die Einschränkung bezieht sich auf zweierlei: Eindeutigkeit oder gar Einstimmigkeit ist nach evangelischem Verständnis in den Grundfragen des Glaubens geboten, also in den Fragen, mit denen die Kirche steht oder fällt. Und auch in Fragen der Lebensform und der Weltgestaltung darf Pluralismus nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden, umso mehr dann, wenn sich die widerstreitenden Auffassungen aus einer unterschiedlichen Auslegung der Bibel ergeben.

#### **9. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir uns an der Bibel orientieren.**

Im evangelischen Gottesdienst, in der evangelischen Lehre, in den evangelischen Kirchenverfassungen, in der evangelischen Frömmigkeit – überall kommt der Bibel eine fundamentale Bedeutung zu. Für die reformatorischen Kirchen gilt von Anfang an nicht nur: Christus allein, aus Gnade allein, mittels des Wortes allein, durch den Glauben allein, sondern ebenso: die Heilige Schrift allein, sola scriptura. Aber die Wirklichkeit sieht teilweise erheblich anders aus. So haben die beiden letzten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen gezeigt, dass die in einem repräsentativen Querschnitt befragten evangelischen Kirchenmitglieder den Gebrauch der Bibel nicht besonders hoch einstufen. Unter den verschiedenen Antwortvorgaben für den Satz „Es gehört unbedingt zum Evangelischsein, dass ...“ hat nur ein Fünftel die Fortsetzung angekreuzt: „... man die Bibel liest“.

#### **10. Wir weisen uns als evangelische Kirche und evangelische Christen aus, indem wir für die Freiheit des Glaubens und des Gewissens eintreten.**

Die Religionsfreiheit und mit ihr die Freiheit des Glaubens und des Gewissens sind als grundlegende

*Konzilien können irren, jede menschliche Instanz der vorfindlichen Kirche kann irren. Daraus ergibt sich auch ein – jedenfalls grundsätzlich – positives Verhältnis zum innerkirchlichen Pluralismus.*



Menschenrechte nicht – Gott sei's geklagt – von den Kirchen oder wenigstens mit den Kirchen, sondern weithin gegen die Kirchen erstritten worden. Gewiss hat die Reformation, etwa durch die Berufung auf das Gewissen, gegen das „zu handeln weder sicher noch heilsam“ sei, Gedanken hervorgebracht, die auf die Gewährleistung von Glaubensfreiheit, Bekenntnisfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung drängen. Aber aktive Wegbereiter und Türöffner für die Religionsfreiheit wurden in der Neuzeit andere Kräfte. Umso mehr haben wir heute Anlass, beharrlich und nötigenfalls auch im Gegensatz zu öffentlichen Stimmungen für die Freiheit des Glaubens und des Gewissens einzutreten. Denn gemäß unserem Verständnis der Wahrheit müssen wir beides sagen: Jesus Christus ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Und: Die Wahrheit lässt sich nicht erzwingen und nicht fordern, sondern nur in Freiheit realisieren. Die Wahrheit wird niemals ein menschlicher Besitz. Man „hat“ sie nur, weil und insofern man von ihr ergriffen wird. In dieser Hinsicht sind Christen in der gleichen Lage wie die Menschen mit anderen religiösen Grunderfahrungen.

Ich füge noch zwei Nachbemerkungen an: Wenn jemand nach dem Durchgang durch die zehn Merkmale evangelischer Identität den Eindruck gewonnen hat, das seien ja gar nicht ausschließlich, nicht einmal mehrheitlich Merkmale evangelischer, vielmehr gemeinsamer christlicher Identität, dann fühle ich mich völlig richtig verstanden. Ich sehe in der Ausrichtung auf die christliche, nicht speziell die evangelische Identität eine sachgemäße Antwort auf die gegenwärtige Situation des christlichen Glaubens. Wenn ich nach meiner religiösen und kirchlichen Verwurzelung gefragt werde, heißt meine Antwort vorrangig: Ich bin Christ. Erst in dieser Klammer kann und muss dann auch gesagt werden, was innerhalb des gemeinsam Christlichen das spezifisch Evangelische ist.

Niemandem wird schließlich – das ist die zweite Nachbemerkung – verborgen geblieben sein, dass die Markenzeichen evangelischer Identität, wie ich sie dargelegt habe, nicht einfach die Wirklichkeit der Kirche und des Christseins abbilden. Die real existierende evangelische Kirche ist vielmehr – auch das sei Gott geklagt – immer wieder ein kräftiges Dementi der ihr zugeschriebenen Markenzeichen. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht eine Kluft. Das falsche Rezept wäre es, den Anspruch zu ermäßigen. Das führt am Ende nur dazu, sich mit der Wirklichkeit zu arrangieren und sie theologisch zu überhöhen. Genau so wenig Erfolg verspricht es, den Anspruch zu verstärken oder doch jedenfalls die Intensität, mit der der Anspruch eingeschärft wird, zu erhöhen. Appelle erreichen die Menschen nicht schon deshalb besser, weil sie lauter vorgetragen werden. Gerade eine Kirche, die vom Gedanken der Rechtfertigung des Sünders her erneuert wurde, sollte gegenüber den Versuchungen des gesetzlichen Weges misstrauisch sein. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit erinnert daran, dass die ganze Kirche – nicht weniger als die einzelnen Glaubenden – den „Schatz“ des Evangeliums „in irdenen Gefäßen“ hat, „damit die überschwängliche Kraft von Gott sei und nicht von uns“ (2. Korinther 4,7). Aber wir dürfen der Kraft Gottes vertrauen, dass sie auch von „irdenen Gefäßen“ – wenigstens gelegentlich – Glanz ausgehen lassen, mit anderen Worten: dass sie aus Sündern Heilige machen kann. Denn neben der Rechtfertigung steht die Heiligung – im Leben der Glaubenden ebenso wie im Leben der Kirche.

*Appelle erreichen die Menschen nicht schon deshalb besser, weil sie lauter vorgetragen werden. Gerade eine Kirche, die vom Gedanken der Rechtfertigung des Sünders her erneuert wurde, sollte gegenüber den Versuchungen des gesetzlichen Weges misstrauisch sein.*

*Dr. Hermann Barth ist Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD und Leiter der Hauptabteilung „Theologie und öffentliche Verantwortung“.*



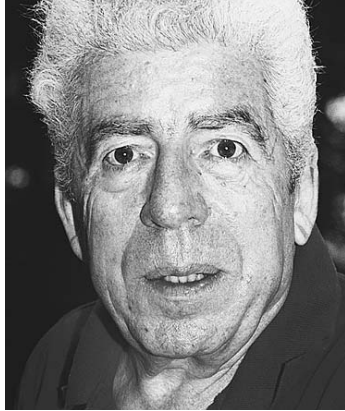
Seit Dezember 2004 haben insgesamt 167 Leserinnen und Leser 6.844,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

**Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

**Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

**Achtung! Neues Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**



## Kindeswohl und „Eltern“glück

### Die Gefährdung kultureller Kategorien in der Beschäftigung mit der Homosexualität

**Klaus Baschang**

Familie K. (Name geändert) lebte mit ihren vier Kindern in einer Kleinstadt. Der Vater hatte ein öffentliches Amt. Darum war die Familie bekannt, eine geachtete und allseits geschätzte Familie. 25 Jahre lang. Bis dann eines Tages der Vater Ehefrau und Kinder verließ, in eine Stadt zog und sich dort als Homosexueller outete. Sein Outing war kein einmaliger Akt. Über Jahre hinweg suchte er jede Gelegenheit, um öffentlich von der neuen Freiheit und der neuen Lebensqualität eines bekennenden Schwulen zu reden und zu schreiben. So will es die Schwulenideologie. Frau und Kinder blieben zurück – höchst irritiert in einer höchst irritierten Umgebung. Nach bisher gemachten Erfahrungen müssen sie mit immer weiterer Propaganda für das schwullesbische Leben rechnen, die mit ihrem Namen als Meldungen und in Leserbriefen durch die Medien geht.

#### Kein Einzelfall

Diese Geschichte ist keine singuläre Geschichte! Gerade hat mir ein Bekannter erzählt, dass seine Schwägerin Mann und drei Kinder verlassen hat, weil sie plötzlich lesbische Gefühle in sich entdeckte und diese nunmehr ausleben will. Es gibt keine Sammelstelle für solche Schicksale. Selten werden sie öffentlich. Davon betroffene Eheleute fragen nach ihren eigenen Anteilen an solchen Entwicklungen und bekommen Schuldgefühle. Sie müssen sich Therapien unterziehen und meinen doch, der bisherige Partner bzw. die bisherige Partnerin sei therapiebedürftig.

Dürfen erotische Gefühle einen Menschen so weit treiben, dass darüber die soziale Verantwortung preisgegeben wird? Man kann wohl unterstellen, dass dabei keine individuellen

bösen Antriebe wirksam sind. Dann stellt sich aber gleichwohl die Frage, wie tragfähig unsere Kultur noch ist und welche geistige Verwirrung in ihr herumwildert, wenn sie dem Individuum keine Widerstandskräfte zur Verfügung stellt. Vor allem aber ist zu fragen, was mit den Kindern aus solchen Ehen geschieht. Homosexualität wird bisher weitgehend als ein Thema in der Perspektive Erwachsener diskutiert. Man muss aber – wie die Beispiele zeigen – die Kinderperspektive hinzunehmen, wenn man das Problem kulturell umfassend betrachten und beurteilen will.

Jede Lehrerin und jeder Lehrer kennt die Probleme der Scheidungswaisen in ihren Klassen. Sie bedürfen besonderer pädagogischer Zuwendung und besonderer fachlicher Unterstützung. Man kann sich gut denken, was Kinder erleben müssen, wenn ihre Eltern nicht mehr stark genug sind, beieinander zu bleiben. Als im letzten Frühjahr (2003) die jüngste Scheidungsstatistik veröffentlicht wurde, in der sich wiederum eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr ergeben hatte, fragten auch liberale Gazetten, wie lange unsere Gesellschaft die Scheidungsfolgekosten noch tragen könne. Scheidungswaisen wissen immerhin, dass sie sich früherer liebender Übereinkunft zwischen ihrer Mutter und ihrem Vater verdanken. Homo-Waisen müssen dagegen mit der bitteren Erkenntnis leben, dass sie aus einem tief gehenden Irrtum entstanden sind. Ihre Eltern haben nicht nur im Laufe der Jahre ihre Liebe zueinander verloren. Sie hätten sich von Anfang an gar nicht lieben dürfen. Ihre Kinder sind die Folgen eines Missverständnisses.

#### Der Staat und die Moral

Der Staat kann Liebe nicht befehlen und Ehebruch nicht verbieten, auch nicht den Ehebruch mit gleichgeschlechtlichen Menschen. Seine Moral muss sich zunächst einmal auf die Aufgabe konzentrieren, den Staat zu erhalten und seine Zukunft, so weit das menschenmöglich ist, zu sichern. Also muss er am Wohl der Kinder interessiert sein. Er rechnet zwar nüchtern damit, dass Menschen ihre Lebensziele verfehlen und an ihren Lebensplänen scheitern. Wenn dieses aber geschieht, ist es seine Aufgabe, die Folgen davon einigermaßen erträglich zu gestalten – wiederum nicht um einer abstrakten Moral willen, sondern um seiner eigenen Zukunft willen. Des-

halb regelt der Staat das Verfahren bei der Auflösung von Ehen, deshalb ist dabei die Zukunft der Kinder und deren Wohl ein vorrangiges Kriterium. Weil Kinder ihre Interessen nicht selbst vertreten können, muss der Staat ihre Interessen vertreten, wenn die Eltern dieses nicht vermögen.

Umso unverständlicher ist es, wenn jetzt der Staat selbst Regelungen trifft, die das seelische Kindeswohl nachhaltig negativ beeinflussen werden. Das ist bei der Adoption in gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften hinein unzweideutig der Fall. Bei der jetzt beschlossenen „Stiefkindadoption“ geht es um Kinder von homosexuellen Müttern oder Vätern aus einer früheren Verbindung mit einem andersgeschlechtlichen Elternteil. Diese Mütter bzw. Väter haben das Sorgerecht für ihre Kinder und leben mit ihren Kindern zusammen inzwischen in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft.

Die Stiefkindadoption ist freilich nach den Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung und der FDP, die schon vor der Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht hatte, nur ein erster Schritt. Ihm soll als weiterer Schritt die allgemeine Öffnung des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften folgen. In dieser allgemeinen Regelung wird dann das zu adoptierende Kind nicht mehr leibliches Kind eines der beiden Lebenspartner sein. Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe soll auch in einem uneingeschränkten Adoptionsrecht ihren Ausdruck finden. Warum – so wird gefragt – soll Frauen oder Männern der Wunsch nach einem Kind verwehrt werden, nur weil sie nicht mit einem andersgeschlechtlichen Menschen verheiratet sind? Das Recht auf ein Kind kann doch nicht durch die sexuelle Orientierung derjenigen, die den Wunsch danach haben, beeinträchtigt werden. So wird argumentiert. Es liegt auf dieser Linie, wenn schon jetzt über diesen nächsten Schritt hinaus auch gleich noch die Ermöglichung künstlicher Befruchtung für lesbische Partnerschaften und die Genehmigung der Leihmutterchaft für schwule Partnerschaften gefordert werden.

In Folge dieser Entwicklung entsteht ein ganz neuer Typ von „Eltern“. „Eltern sind biologisch zunächst als Mutter und Vater durch

ihren Nachwuchs definiert“ (Evangelisches Soziallexikon 2001). Künftig werden sich Frau-Frau oder Mann-Mann über die Erfüllung ihrer emotionalen Bedürfnisse durch Adoption eines Kindes als „Eltern“ definieren. Das eigentliche moralische Problem liegt in dieser Verfälschung der Kategorien und in der staatlichen Mitwirkung dabei. Ist es denn die Aufgabe des Staates, seinen Bürgerinnen und Bürgern bei der Erfüllung ihrer emotionalen Bedürfnisse zu helfen? Das tut er doch bei heterosexuellen Menschen auch nicht. Darf er der Ideologie Vorschub leisten, dass es ein „Recht auf ein Kind“ gäbe? Kein Mensch hat ein Recht auf und über andere Menschen. Kann der Staat denn davon absehen, welche künftigen Gefährdungen Adoptivkinder ausgesetzt sein werden, auch wenn aktuell eitle Harmonie herrscht? Zwar entscheidet im Einzelfall das Vormundschaftsgericht; aber der Gesetzgeber kann doch nicht diesem und den vorbereitend mitwirkenden Jugendämtern die Grundsatzentscheidung zumuten.

### Kritik ohne Wirkung

Dass es hier in mehrfacher Hinsicht um eine Grundsatzentscheidung geht, haben die Reaktionen auf das rot-grün-gelbe Vorhaben gezeigt. Bemerkenswert war schon gleich der frühe Widerspruch von Antje Vollmer von den GRÜNEN. Denn in ihrer Partei wurden alle Pläne zur Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe ausgeheckt. Nicht weniger bemerkenswert war ein Kommentar von Susanne Gaschke in der Wochenzeitung DIE ZEIT; dieser Zeitung kann man doch nicht vorwerfen, sie sei nicht liberal. Die beiden großen Kirchen haben in offiziellen Stellungnahmen widersprochen, renommierte Humanwissenschaftler ebenso. Im Kern der Kritik geht es immer um die Frage nach dem Kindeswohl. Darf Kindern zugemutet werden, in einer Atmosphäre aufwachsen zu müssen, in der sie Liebe nur als Liebe zwischen zwei Männern oder zwei Frauen erleben werden? Darf Kindern ausgerechnet in der Intimität des Elternhauses die wichtige Erfahrung der Zweigeschlechtlichkeit humanen Lebens vorenthalten werden? Was passiert in der Zeit geschlechtlicher Reifung, die jeder Mensch durchstehen muss, wenn im unmittelbaren Erfahrungsbereich des Kindes eines der beiden Geschlechter real konsequent ausgeschlossen und emotional ebenso konsequent abgelehnt wird? Wer gibt der Politik das Recht, wehrlose Kinder solchen Schwie-

*Darf Kindern zugemutet werden, in einer Atmosphäre aufwachsen zu müssen, in der sie Liebe nur als Liebe zwischen zwei Männern oder zwei Frauen erleben werden?*

rigkeiten auszusetzen, nur um die Selbstbeglückung von Erwachsenen durch Kinder zu ermöglichen, die sie auf normalem Wege nicht bekommen wollen oder können?

Die Kritik hat nichts bewirkt. Gegen sie werden häufig US-amerikanische Erfahrungen ins Feld geführt. Es sind aber Erfahrungen auf einer schmalen Basis, die keiner wissenschaftlichen Überprüfung standhalten. Die gegenteiligen Erfahrungen, die die Kritik stützen, sind sehr viel deutlicher ausgeprägt. Man kann dieses neueste Produkt einer angeblich fortschrittlichen Gesellschaftspolitik unschwer mit den Parteiideologien derer verbinden, die es hervorgebracht haben. Man muss – genauer noch – das Scheitern vieler dieser Parteiideologien in Betracht ziehen, um diese Entwicklung zu verstehen. Sie soll offenbar über Misserfolge auf anderen Politikfeldern hinweg helfen. Das alles rechtfertigt sie aber keineswegs. Die Ideologie der Gleichstellung von Lebenspartner-schaften Gleichgeschlechtlicher mit der Ehe hat von Anfang die öffentliche Diskussion und die politischen Entscheidungen so bestimmt, dass sie auch jetzt alle Bedenken auffrisst. Dabei wird am Umgang mit dem Kindeswohl das ganze Dilemma dieser Ideologie offenbar.

### Nivellierungen in der Sprache und in der Sache

In der theologischen und der juristischen Diskussion hat der Begriff „Abstandsgebot“ eine wichtige Rolle gespielt. Wie nahe rückt neues Recht die gleichgeschlechtliche Partnerschaft an die Ehe heran? Wie groß muss der Abstand bleiben, damit der im Grundgesetz garantierte besondere Schutz von Ehe und Familie nicht gefährdet wird? Der Begriff ist gut gemeint, aber er ist nicht brauchbar. Es geht nämlich nicht um graduelle Unterschiede, es geht um fundamentale Unterschiede, um kategoriale. Das wird deutlich, wenn man die Kinderperspektive in die Betrachtung einbezieht. So lange nur Ehe und gleichgeschlechtliche Partnerschaft verglichen werden, mag man graduell denken. Wenn es aber um die Familie geht, dann ist es anders. Der Normalfall von Familie sind Vater, Mutter und gemeinsame Nachkommen. Es gibt Ausnahmefälle, wenn Eltern ledig bleiben oder geschieden werden oder ein Elternteil stirbt. Das sind Ausnahmen vom Normal-

fall. Der Staat hat die negativen Auswirkungen auf das Kindeswohl so gut als möglich zu regeln. Er darf aber das Kindeswohl nicht willentlich aufs Spiel setzen, indem er Adoptionen in gleichgeschlechtliche Partnerschaften hinein möglich macht.

Daran wird deutlich, wie gefährlich auch die nivellierende Rede von den verschiedenen „Lebensformen“ ist. Das Individuum mag sich so verstehen, dass es eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Lebensformen hat. Der Staat aber kann die Familie aus Vater, Mutter und gemeinsamen Kindern nie und nimmer als eine Lebensform neben beliebigen anderen Lebensformen verstehen. Für ihn ist sie Basis des Gemeinwesens, Grundlage der Kultur. Die Politik der sozialen Marktwirtschaft war in ihren wirkungsvollen Zeiten zugleich Familienpolitik. Es bedürfte einer eigenen Untersuchung darüber, welchen Anteil die Vernachlässigung der Familienpolitik an den aktuellen Problemen der Wirtschaftspolitik hat. Der Staat hat jedenfalls alles zu tun, die Menschen zur Wahl der Lebensgestalt Familie zu veranlassen, und alles zu unterlassen, was die Familie zu einer beliebigen Alternative neben sonstigen Lebensgestaltungen werden lässt.

Dem allem steht der öffentliche Umgang mit dem Thema entgegen. Man muss nicht nur an das Spektakel der Umzüge am Christopher-Street-Day denken. In den Medien hat sich die Vorstellung festgesetzt, Homosexualität und Heterosexualität seien gleichwertige Lebensalternativen, den meisten Menschen zu eigener Auswahl frei gegeben. Was bedeutet diese von den internationalen Lesben- und Schwulenorganisationen erfolgreich verbreitete Meinung für Kinder und Jugendliche in der Zeit ihrer geschlechtlichen Reifung? Die allermeisten müssen eine homoerotische Phase durchlaufen und sich – oft mit Anstrengungen – eine eigene sexuelle Identität aufbauen. Nach geltender Meinung können sie sich diese Mühe sparen! Schwul ist cool. Homosexualität breitet sich durch körperliche Verführung sicher nicht in dem Maße aus, in dem man sich das früher vorgestellt hat. Jetzt aber breitet sie sich in einem größeren Ausmaß als je zuvor durch die einschmeichelnde Ideologie der Gleichheit aus. Die ethischen Aspekte im Sexualkundeunterricht bekommen dadurch höchste Bedeutung. Der Staat hat darauf zu achten, dass dieses Fach nicht zum Einfallstor dieser Ideologie wird.

*Die Ideologie der Gleichstellung von Lebenspartner-schaften Gleichgeschlechtlicher mit der Ehe hat von Anfang an die öffentliche Diskussion und die politischen Entscheidungen so bestimmt, dass sie auch jetzt alle Bedenken auffrisst.*



## Diskriminieren, differenzieren, diffamieren

Die Diskriminierung homosexueller Menschen war unerträglich. Das ist keine Frage. Das Ende der Diskriminierung darf aber nicht zum Verbot von Differenzierung missbraucht werden. Wie wichtig die Differenzierung ist, wird bei der Einbeziehung der Kinderperspektive in die Thematik deutlich. Alle Welt schreit – mit Recht! – auf, wenn in zölibatären Lebensverhältnissen Heranwachsende sexuell misshandelt werden. Übersehen und verschwiegen wird aber, dass das Abrutschen auf der schiefen Ebene schon sehr früh beginnt. Immer noch ist in der Forschung offen, ob Homosexualität genetisch

bedingten Ausschuss des EU-Parlaments unter Berufung auf Immanuel Kant zwischen Sünde und Verbrechen unterschieden, zwischen persönlicher Moral und allgemeinem Recht und dann in Anwendung dieser Unterscheidung auf die Homosexualität gesagt: „Wir können eine Gemeinschaft von Bürgern aufbauen, auch wenn wir verschiedene Meinungen über manche moralischen Fragen haben. Der Auftrag ist vielmehr Nichtdiskriminierung. Der Staat hat kein Recht, in solche Fragen einzugreifen, und niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder seines Geschlechts diskriminiert werden.“ Diese Differenzierung wurde schlicht unterschlagen. Wahrheitswidrig wurde behauptet,

**„Die Kirche bekennt, kein wegweisendes und helfendes Wort gewusst zu haben zu der Auflösung aller Ordnungen im Verhältnis der Geschlechter zueinander. Sie hat der Verhöhnung der Keuschheit und der Proklamation der geschlechtlichen Zügellosigkeit nichts Gültiges und Starkes entgegensetzen gewusst. Sie ist über eine gelegentliche moralische Entrüstung nicht hinausgekommen. Sie ist damit schuldig geworden an der Reinheit und Gesundheit der Jugend. Sie hat die Zugehörigkeit unseres Leibes zum Leib Christi nicht stark zu verkündigen gewusst.“**

*Aus der Ethik von Dietrich Bonhoeffer  
(in den 40er Jahren geschrieben)*

er mache katholische Sündenlehre zu seinem politischen Programm. Wegen seiner persönlichen moralischen Einstellung wurde er diskriminiert und in übelster Weise von den Liberalen und Sozialisten diffamiert.

*Welche Freiheit des Denkens und Glaubens dürfen wir im künftigen Europa erwarten? Die Begeisterung, mit der Antidiskriminierungsgesetze auf den Weg gebracht werden, lässt Schlimmes befürchten.*

bedingt oder umweltlich erworben ist. Es macht aber einen großen Unterschied, ob diese sexuelle Prägung unwillentlich ertragen werden muss oder zu angeblicher Steigerung der Lebenslust selbst gewählt wird. Darum darf es kein Verbot differenzierender Diskussion geben. Differenzierung ist angesagt, wenn man tumbe Diskriminierung vermeiden will. Die Differenzierung zwischen (sexuellen) Mehrheiten und (sexuellen) Minderheiten sichert überhaupt erst den Minderheiten ihr Recht.

Solche Differenzierung hat es schwer, weil die Kategorien systematisch verrückt und wertlos gemacht wurden. Die Befragung des als EU-Kommissar vorgeschlagenen Prof. Rocco Buttiglione ist dafür ein alarmierendes Beispiel. Er hatte vor dem zustän-

ein elementarer Bestandteil abendländischen Freiheitsverständnisses. Auf welchem Weg befindet sich Europa, wenn diese Unterscheidung nicht mehr gelten soll und Diskussion verboten wird? Bei Luther war zu lernen, dass Differenzieren Freiheit begründet. Welche Freiheit des Denkens und Glaubens dürfen wir im künftigen Europa erwarten? Die Begeisterung, mit der Antidiskriminierungsgesetze auf den Weg gebracht werden, lässt Schlimmes befürchten. Die Kategorien, aus denen unsere Kultur aufgebaut wurde, scheinen ihre Leistungskraft zu verlieren. Darin liegt das eigentliche Problem der politischen Diskussionen über Homosexualität.

*Klaus Baschang ist Oberkirchenrat i. R.  
aus Karlsruhe*

# Evangelisches Leserforum

**Udo Ulfkotte. Der Krieg in unseren  
Städten. Wie radikale Islamisten  
Deutschland unterwandern.**

*Aktualisierte Neuauflage  
Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2004,  
ISBN 3-8218-3978-3  
272 Seiten, 19,90 Euro*

„Die Attentate des 11. Dezember 2001 wurden von der islamistischen Terrorzelle rund um den Attentäter Mohamed Atta in Hamburg verübt. Der Drahtzieher der Madrider Attentate, Rabei Osman Ahmed, durch den 191 Menschen starben, lebte von April 1999 bis August 2001 in Deutschland und konnte seine Abschiebung bis zu seinem Untertauchen verzögern, obwohl sein Asylantrag bereits im Juli 1999 abgelehnt worden war. Nach neuen Erkenntnissen lebte der Islamist Reduan al Issar, der den Mord an dem holländischen Filmemacher Van Gogh initiierte und plante, über viele Jahre als Asylantragsteller in Deutschland. Was sich nach außen in Form von Terrorakten zeigt, hat in einem Netzwerk seine Wurzeln, dessen Entstehung in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit vorstatten ging.

Aufgrund der Fakten, die der Journalist Udo Ulfkotte recherchierte, deutet vieles darauf hin, dass sich in Deutschland ein Netz islamistischer Agitatoren gebildet hat, die zum Teil gemeinsam, zum Teil getrennt nebeneinander her ihre Aktivitäten durchführen. Der Autor und Journalist Udo Ulfkotte stieß bei seinen Recherchen auf ein Netzwerk islamistischer Organisationen, das aus verschiedenen Moscheen und islamischen Vereinen besteht, aus denen heraus jederzeit terroristische Aktivitäten erwartet werden können. Die Islamisten benutzen, um ihr Gedankengut zu verbreiten, nicht nur terroristische Aktionen. Sie nutzen die Tarnung und Täuschung (arabisch: taquiya), den Toleranzgedanken der multikulturellen Gesellschaft und die Dialogforen der Kirchen sowie die Uninformiertheit und Unwissenheit von Richtern, um ihren Einfluß auszubreiten. In neuester Zeit arbeiten Islamisten zudem verstärkt mit der organisierten Kriminalität zusammen. Sie nutzen die Routen der Menschenhändler, um Gesinnungsgenossen aus Afghanistan in den Westen zu schmuggeln und ebenso Instrumente der Geldwäscher, um Gelder in

verstecktem Kanäle zu lenken, mit denen dann islamistischen Aktivitäten ermöglicht und unterstützt werden.

Udo Ulfkotte konstatiert dabei zunehmend, dass die Islamisten bestrebt sind, in die offiziellen staatlichen Institutionen einzuwandern. Gelungen ist ihnen das z.B. in Berlin, wo Richter in Unkenntnis der Sachlage durch eine juristisches Urteil ermöglichten, dass eine zum Netzwerk der türkisch-islamistischen Organisation Milli Görüs (IGMG) gehörige Gruppe, die „Islamische Föderation Berlin“, sich vor Gericht die Erlaubnis erstritt, einen staatlich finanzierten Unterricht an Berliner Schulen zu geben. Die Folge ist also, dass heute in Berlin Islamisten, mit deutschen Steuergeldern bezahlt, Kinder mit ihren Inhalten unterrichten können. Die Folgerung aus dieser fehlgelaufenen Richterentscheidung darf nunmehr allerdings nicht sein, dass überhaupt kein christlicher Religionsunterricht mehr erteilt wird und nur noch ein inhaltsloser

Werteunterricht erteilt wird. Ziel muss es sein, den christlichen Religionsunterricht zu erhalten bei gleichzeitigem Ausschluss verfassungswidriger Gruppen.

Udo Ulfkotte fordert eine Reihe sicherheitspolitischer Maßnahmen, um den Gefahren, die von den Islamisten drohen, zu begegnen. Er fordert ein Verbot islamistischer Gruppierungen, die zum Teil auch in islamischen Ländern massiv bekämpft werden. Gewaltbereite Islami-

sten müssen – notfalls mit Gewalt – ausgewiesen werden. Terroristen und Mörder wie z. B. die 13 Palästinenser aus Bethlehem, die über das Asylrecht in Deutschland Aufnahme fanden, obwohl sie Mörder und Terroristen waren, müssten nach Ansicht von Udo Ulfkotte umgehend abgeschoben werden. Udo Ulfkotte fordert eine stärkere Vernetzung der Informationen von Landesämtern des Verfassungsschutzes und Landeskriminalämtern, ebenso der entsprechenden Bundesbehörden. Sofern die Verfassungsschutzämter kriminelle Machenschaften aufdecken, sollten sie diese auch weitergeben dürfen.

Neben all den sicherheitspolitischen Maßnahmen, die notwendig sind, um die islamistischen Gruppierungen stärker einzuschränken, bedarf es nach Ansicht des Evangelischen Arbeitskreises Baden-Württemberg auf der deutschen Seite eines stärkeren Bewusstseins um die eigenen, der christlich – abendländischen Kultur entsprungenen Wertgrundlagen und damit zugleich der eigenen demokratischen Leitkultur.

*Peter Schuster, Diplom Theologe und stellvertretender  
Vorsitzender des EAK Baden-Württemberg*



# Aus unserer Arbeit

## EAK zeigt Präsenz beim Kongress christlicher Führungskräfte

„Mit Werten in Führung gehen“ – so lautete das Motto des Kongresses christlicher Führungskräfte, der in diesem Jahr in Nürnberg stattfand. Zum vierten Mal wurde dieses Treffen für Christinnen und Christen von der Evangelischen Nachrichtenagentur idea veranstaltet.

Mit einem Informationsstand war der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU neben 200 weiteren Ausstellern vertreten und suchte das Gespräch mit den Tagungsteilnehmern. Neben dem Bundesgeschäftsführer, **Pastor Christian Meißner**, standen aus der Bundesgeschäftsstelle die Referentin des EAK, **Melanie Liebscher**, sowie **Julia Scheel** für ein Gespräch zur Verfügung. Für den EAK vor Ort zeigte das Mitglied des Bundesvorstandes und Kreisvorsitzender des EAK Nürnberg-Schwabach-Fürth, **Harald Häßler**, Präsenz. Insgesamt ergaben sich am Stand interessante Gespräche über den Anspruch des „C“ in der Politik oder auch über aktuelle politische Themen. „Wirtschaftslenker und

Politiker, die ihre Arbeit in Verantwortung vor Gott und den Menschen tun, werden andere begeistern und diesem Land Hoffnung geben.“, so das Fazit des Leiters des Kongresses christlicher Führungskräfte, **Pastor Horst Marquardt**, zum Abschluss der Konferenz, an der rund 2.500 Menschen teilnahmen. Referenten des Kongresses waren u.a. die niedersächsische Sozialministerin, **Dr. Ursula von der Leyen MdL**, der TV-Moderator und Bestsellerautor **Peter Hahne**, der bayerische Innenminister, **Dr. Günther Beckstein MdL**, sowie der bayerische **Landesbischof Dr. Johannes Friedrich**. Der nächste Kongress christlicher Führungskräfte soll 2007 stattfinden.

## Landwirtschaft und Dorf zwischen wirtschaftlichen Zwängen und ethischem Anspruch

### Seminar des EAK-Niedersachsen in der Heimvolkshochschule Hermannsburg

Zu seinem 24. Wochenendseminar hatte der niedersächsische EAK in die Heimvolkshochschule Hermannsburg eingeladen. Angesichts der bedrängenden Situation, der sich die Landwirtschaft durch die nächste Runde des Strukturwandels ausge-

setzt sieht und der Folgen für die Sozialstruktur vieler Dörfer, begrüßten Landesvorsitzender **Hans Bookmeyer** und **Jürgen Schneider** von der HVHS 80 Teilnehmer zu dem Thema „Die Bauern und ihr Dorf“.

**Dr. Martin Müller**, Hermannsburg, und der langjährige Vorsitzende des Agrarausschusses im Landtag, **Karl-Dieter Oestmann**, Rethem/Aller, steckten den historischen Rahmen ab und gaben damit den Einstieg. Landwirtschaftsminister **Hans-Heinrich Ehlen** nahm am nächsten Tag engagiert Partei für das Dorf: „Bauern und Dorf gehören untrennbar zusammen“ und „Auf dem Dorf zu leben sollte als andere Art anerkannt werden.“ Man müsse zwar damit rechnen, dass in der nächsten Generation noch einmal zwei Drittel der heute noch bewirtschafteten Vollerwerbsbetriebe aufgegeben würden, aber dennoch „bleibt die Landwirtschaft der wichtigste Faktor des ländlichen Raumes“.

**Bischof Dr. Diethardt Roth** von der Selbständigen Ev.-luth. Kirche mahnte die Kirchen zunächst zur Bescheidenheit. Sie hätten keine besondere Fachkompetenz und sie könnten die wirtschaftlichen Bedingungen auch nicht verändern. Aber Roth appellierte, Kommunikation auf dem Dorf zu ermöglichen, Dialogstrukturen zwischen den Interessengruppen zu schaffen und zu pflegen, Brücken zu bauen und vor allem, sich nicht aus der Fläche zurückzuziehen: „Kirche bringt kein Programm zur Gesundung der Landwirtschaft, sie bringt die Botschaft des Evangeliums zu den Menschen, sie gibt Solidarität und ermutigt in den Grenzerfahrungen mit der Natur.“

Nach den Referaten war jeweils Zeit zu Nachfragen und Diskussionen auch mit hochrangigen Vertretern des Landvolks und der Landfrauen. Auch der Beauftragte der Hannoverschen Landeskirche für Landfragen, **Pastor Stephan Wichert-von Holten** zeigte sich als ein sachkundiger Vertreter auf dem Podium.



Foto: Matthias Schmitt

v. l.: Julia Scheel, Melanie Liebscher, Harald Häßler, Peter Hahne, Dr. Günther Beckstein





Foto: Karen Miether

v. l. sitzend: **Hans Bookmeyer**, **Renate Lühe**, **Hans-Heinrich Ehlen**  
v. l. stehend: **Jürgen Schneider**, **Stephan Wichert-von Holten**, **Karl-Heinrich Langspecht**, **Rainer Fabel**

Zum Abend am Kamin war CDU-Generalsekretär **Friedrich-Otto Ripke** gekommen. Er beantwortete aktuelle politische Fragen und sah sich schnell auch mit Fragen konfrontiert, die in der Unionsfamilie heute für Unmut sorgen.

Zum Abschluss der Tagung bot der bisherige Hermannsburger Missionsdirektor **Ernst-August Lüdemann** einen ausgezeichneten Überblick die Auswirkungen der Globalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft in Südafrika in der Nach-Apartheid-Zeit.

In der freundlichen Atmosphäre der Heimvolkshochschule und bei bester Verpflegung erlebten die Teilnehmer wieder ein sehr informatives und gleichzeitig auch erholsames Wochenende in der Lüneburger Heide.

### **EAK Göttingen diskutierte über das Verhältnis des Westens zur islamischen Welt**

Auf Einladung des EAK Göttingen diskutierte **Dr. Martin Affolderbach**, Islam-Referent im Kirchenamt der EKD, zum Thema „Was ist schief-

gegangen? Der Westen und die islamische Welt.“ Affolderbach vertrat den kurzfristig erkrankten Auslandsbischof Dr. Rolf Koppe.

Im Rahmen ihrer Begrüßung wies die Kreisvorsitzende **Sigrid Jacobi** auf die Aktualität des Themas hin. Erst am Vortag hatte ein Gespräch des Ratsvorsitzenden der EKD, **Bischof Dr. Huber**, mit Vertretern muslimischer Verbände in Deutschland stattgefunden. Von Seiten der EKD war Dr. Affolderbach einer der Teilnehmer des auf Fortsetzung angelegten Termins. Der Referent befasste sich zunächst mit den Ursachen der aktuellen Spannungen. In der islamischen Welt fühle man sich gedemütigt, weil es zwischen Orient und Okzident keine großflächig angelegte Politik der Versöhnung und Aufarbeitung der Konflikte der Vergangenheit gegeben habe. Zudem sei es nicht gelungen, die Konfliktherde des Nahen Ostens zu befrieden. Vereinfachte und radikale Überzeugungen fänden in einem solchen Szenario einen guten Nährboden, zumal die Länder mit muslimischer Mehrheit oft diktatorisch regiert werden oder unter Bürgerkriegen leiden.

In Deutschland sei die Tatsache der Zuwanderung zu lange verdrängt worden sei, ohne dass eine wirkliche Integrationspolitik betrieben wurde. Bischof Dr. Huber habe in diesem Zusammenhang ein „Ende der Multi-kulti-Schummelei“ gefordert. Es gebe aber es keine Alternative zum Dialog im Sinne des Einsatzes für Verständigung und dem Abbau von Feindbildern und Spannungen.

In der vom stellvertretenden EAK-Kreisvorsitzenden **Harm Adam** moderierten lebhaften Diskussion betonte Affolderbach, dass der Dialog ernsthaft sein müsse, Antisemitismus nicht tragbar sei und das Problem mangelnder Bildung der in Deutschland lebenden Migranten sich nur mittelfristig lösen lasse. Bezogen auf die schwierige Situation christlicher Minderheiten in der islamischen Staatenwelt wünschte sich der Referent mehr Offenheit der Politik für die Anliegen der Kirchen. „Die Ohren sind bei den Politikern nicht immer so offen, wie wir uns das wünschen.“



v. l.: **Harm Adam**, **Sigrid Jacobi**,  
**Dr. Martin Affolderbach**

### **EAK Marburg-Biedenkopf und Theologischer Fachbereich würdigten Hermann Ehlers**

„Hermann Ehlers – Missionar des Parlamentarismus“ lautete der Titel eines Symposiums anlässlich seines 100. Geburtstags und 50. Todestages, zu dem das Fachgebiet Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Philipps-Universität auf Anregung und in Kooperation mit dem EAK Marburg-Biedenkopf in die



Alte Universität in Marburg eingeladen hatte. Schon die zahlreichen Gäste – unter denen auch der Marburger CDU-Oberbürgermeisterkandidat **Lutz Heer war** – bewiesen, dass Hermann Ehlers gleichermaßen die Wissenschaft wie auch politisch engagierte Christinnen und Christen zu faszinieren vermag.

Den Auftakt bildete ein Vortrag von **Prof. Jochen-Christoph Kaiser**, der an der Philipps-Universität kirchliche Zeitgeschichte lehrt. Er beleuchtete den gesellschafts- und kirchenpolitischen Rahmen des Wirkens des EAK-Begründers. Dabei zeigte er die für die werdende Bundesrepublik entscheidende Rolle der in der Bekennenden Kirche verbundenen Christinnen und Christen auf, machte aber auch deutlich, wie sehr angesichts der politischen Fragen der ersten Jahre der Bundesrepublik die im Kirchenkampf eng verbundenen Streiter zunehmend unterschiedliche Wege einschlugen. Manche im Kirchenkampf eng verbundene Weggefährten wurden gar zu politischen Gegnern, wie etwa der von Ehlers sehr geschätzte Martin Niemöller. Zugleich ging er auf die Reaktion der Evangelischen Kirche und Theologie zur entstehenden CDU ein; während das Werden einer christlich-überkonfessionellen Partei seitens der Bischöfe überwiegend begrüßt wurde, sei insbesondere die akademische Theologie eher skeptisch gegenüber dem Anspruch, Politik im Rahmen einer christlichen Partei zu gestalten.

Im Anschluss daran rief ein Kurzfilm über Hermann Ehlers aus dem Jahr 1956 sein Wirken in Erinnerung. Daran knüpfte **Dr. Weert Börner** an, der nicht nur als Autor der ersten Ehlers-Biographie kundiger Referent war, sondern der in seiner Studentenzeit eng mit Ehlers verbunden war und so seinen informativen und anschaulichen Vortrag mit lebhaften, auch privaten Erinnerungen an Hermann Ehlers bereicherte. Er zog einen Bogen vom Engagement in der Schul- und Studentenzeit für die Schülerbi-

belkreise, in denen er auch als junger Jurist tätig war über sein Wirken in der Bekennenden Kirche bis hin zu seiner Tätigkeit als Präsident des Bundestages und als Gründer und erster Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises. Dabei zeichnete er nach, wie aus dem demokratieskeptischen Ehlers der Jahre zwischen den zwei Weltkriegen angesichts der Erfahrungen des dritten Reiches ein lebhafter Streiter für die Demokratie wurde, der gerade aus Evangelischer Verantwortung sein Engagement in der Politik begründete.

Den Abschluss bildete ein Referat des Marburger Kirchenhistorikers, Publizisten und EAK-Kreisvorsitzenden, Pastor i. R. **Dr. Gottfried Mehnert**. Wie Börner so zeigte auch Mehnert auf, mit welcher intellektuellen Brillanz, gepaart mit Witz und Schlagfertigkeit er als Präsident des Bundestages den politischen Alltag beleben und auf diese Weise Menschen, besonders evangelische Christen, für die Demokratie und die Arbeit des Parlamentes begeistern konnte und zu einem wahrhaften „Missionar der Demokratie“ wurde. So sei es ihm gelungen, dem Bundestag eine starke Rolle gegenüber den anderen politischen Institutionen zu sichern und das junge Parlament im Bewusstsein der Deutschen populär zu machen.

„Persönlichkeiten, die wie Hermann Ehlers vor dem Hintergrund einer festen christlichen Überzeugung mit Originalität und intellektuellem Scharfsinn die demokratische Auseinandersetzung beleben, sind das Salz in der Suppe der Demokratie“, so das Fazit des Abends. Und so gingen dann auch die meisten Teilnehmer des Abends mit dem Wunsch nach Hause, den das Marburger EAK-Landesvorstandsmitglied **Marian Zachow** bei gemütlichen Beisammensein mit Weert Börner in der Gaststätte „Weinlädele“ formulierte: „Solch außerordentliche Persönlichkeiten wie Hermann Ehlers täten auch heute der politischen Kultur gut!“



Foto: Lothar Klein

*Der EAK-Landesvorsitzende Dr. Hans Geisler dankt Landesbischof Jochen Bohl für seinen Vortrag „Weichen stellen für eine lebenswerte Zukunft“.*

### **Gesellschaftlicher Wandel und christliche Werte – unsere Gesellschaft: technisch o. k., ethisch k. o.?**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung Dresden hatte zu einem Wochenendseminar in das Ev. Aus- und Weiterbildungszentrum Moritzburg eingeladen, um Fachleute über den demographischen Wandel und seine Folgen zu befragen: „Weniger? Älter? Einsamer?“ Die Vortragenden **Dr. Hans Geisler** Staatsminister a. D., **Dr. Albin Nees**, Staatssekretär a. D., **Pfarrer Heiner Sandig**, Ausländerbeauftragter im Sächsischen Landtag, Staatsminister **Dr. Thomas de Maizière**, **Landesbischof Jochen Bohl**, **Arnfried Schlosser**, Referatsleiter im Sozialministerium und **Angelika Dreikopf**, Diakonisse, regten zu lebhafter und tief schürfender Diskussion an. Das Auditorium diskutierte eine Presseerklärung des EAK-Landesvorstandes der Sächsischen Union zu den notwendigen Reformen in Deutschland:

- Ohne Anstrengungen und Zumutungen werden Reformen nicht gelingen,
- Zumutungen sind gerecht und gerechtfertigt, sofern sie den

Lebensbedingungen der künftigen Generationen dienen und

- Zumutungen bedeuten Anstrengung, die im Sinne des christlichen Menschenbildes das Leben bereichert.

## Zumutungen sind gerecht und bereichern

### EAK Sachsen zu den dringlichen Reformen in Deutschland

#### I.

Wir haben weniger Kinder. Wir leben länger. Wir sind im Weltmaßstab ein reiches Land.

Der Reichtum der Gegenwart ist im Übermaß durch Schulden finanziert. Diese Schulden müssen durch eine kleinere Anzahl von Kindern abgetragen werden. Zu viele glauben, wir hätten zu wenig zu lachen. Es muss sich vieles ändern, damit das Wichtige bleiben kann, wie es ist: ein Leben in Freiheit, Sicherheit und gerechter Solidarität.

Die Menschen in unserem Land wissen um die Lage. Aber sie verstehen die einzelnen Schritte nicht. Die Übersicht fehlt. Der Kompass ist nicht erkennbar. Die Bürger zweifeln an der Politik. Die Politik zweifelt am politischen Verständnis der Bürger. Wir sind gut im Nein-sagen, aber schlecht im Ja-sagen.

Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit schwindet, besonders auch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit anderer.

Als evangelische Christen im EAK setzen wir diesen Sachverhalt unsere Zuversicht entgegen. Unser Vertrauen ist nicht naiv, aber grenzenlos. Wir beziehen es nicht aus der Politik, sondern aus dem Glauben. Dieses Vertrauen ist nicht unpolitisch, sondern soll in die Politik hineinwirken. Jedenfalls ist dies unser Auftrag.

Wir sind davon überzeugt, dass auch schmerzhaft Veränderungen in unseren Sozialsystemen von den Bürgern verstanden und akzeptiert werden, wenn es gerecht zugeht. Gerechtigkeitsmaßstab ist dabei nicht eine gegenwartsorientierte Verteilungsgerechtigkeit zwischen denjenigen, die heute Besitzstände haben. Gerecht sind Veränderungen vielmehr nur dann, wenn sie nachhaltig gerecht sind, d.h. wenn sie gegenüber unseren Kindern und Enkeln vertretbar sind.

**Die goldene Regel lautet also: verhalte dich heute so, dass unsere Kinder nicht schlechter leben als wir, wenn sich alle so verhalten wie du.**

Gerechtigkeit entsteht also durch Verlässlichkeit. Das gilt für verlässliche Ergebnisse ebenso wie für den Stil und den Ton der Debatte. Ein Umstieg vom Umlagesystem in ein durch Kapitaldeckung gesichertes Sozialsystem z.B. wird nur gelingen, wenn das Ziel und der Weg verlässlich bestimmt sind. Nur so wächst auch das für ein Kapitaldeckungssystem erforderliche Vertrauen.

Aber sogar Veränderungen im bisherigen System der Umlagefinanzierungen brauchen Verlässlichkeit. Wenn das Geld knapper wird, muss jedermann es sich besser einteilen. Dafür braucht man Klarheit.

Das erste, was wir in den Debatten anmahnen, ist also der Wunsch nach Verlässlichkeiten. Sicher, niemand kann endgültig über 30 Jahre planen. Nachsteuerungen müssen möglich sein. Aber das Ziel muss klar sein: es geht nicht um hektisches Kurieren an Symptomen, sondern um eine grundlegende, verlässliche Reform im Dienste nachhaltiger Gerechtigkeit.

#### II.

Das wird nicht abgehen ohne Zumutungen. Wir meinen Zumutungen im

Verhalten, für Einkommen und Vermögen, für Gewohnheiten und bisherige Rituale.

**Die Reformen werden nicht gelingen, wenn nicht allen etwas zugemutet wird.**

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Nicht alle Zumutungen lassen sich für alle rechtlich durchsetzen. Aber es muss allen klar sein, dass im Grundgesetz steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

- Wir müssen den Kinderlosen zumuten, dass sie schon in der Erwerbsphase und nicht erst in der Rentenzeit einen höheren Beitrag in die Sozialsysteme leisten als die Familien mit Kindern.
- Wir müssen überhaupt der Gesellschaft zumuten, dass Kinder Vorfahrt haben, dass Kinder nicht stören.
- Wir müssen allen Empfängern von sozialen Leistungen zumuten, dass sie dafür auch eine zumutbare Gegenleistung erbringen.
- Wir müssen den Sozialhilfeempfängern zumuten, dass diejenigen, die Arbeit haben, deutlich mehr verdienen als sie.
- Wir müssen den Arbeitgebern zumuten, dass die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit wichtiger ist als hergebrachte Abläufe.
- Wir müssen den Steuerzahlern zumuten, dass die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zunehmend vom Faktor Arbeitskosten abgekoppelt werden muss.
- Wir müssen den Besserverdienenden zumuten, dass auch sie ihren Beitrag tatsächlich leisten müssen.
- Wir müssen den öffentlich Dargestellten (Sportlern, Moderatoren u. a.) zumuten, dass auch ihr Lebensstil Vorbildfunktion hat, auch wenn sie das nicht wahrhaben wollen.
- Wir müssen allen Bürgern zumuten, dass sie gesund leben, sich körperlich und seelisch gesund

erhalten, im ureigenen Interesse einen entsprechenden Lebensstil pflegen und ihre Kinder gleichermaßen dazu erziehen.

- Wir müssen den Westdeutschen zumuten, dass der Aufbau Ost noch für Jahre Priorität haben muss, um gleichwertige, nicht gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland zu haben.
- Und wir müssen den Ostdeutschen zumuten, dass dieser Weg noch lange dauert und ihre Ansprüche anders, aber nicht höher sein können als die der Westdeutschen.

### III.

Allein aus Einsicht in die Notwendigkeit und aus der allseitigen Teilhabe an Zumutungen wird keine Aufbruchstimmung entstehen. Zustimmung zu gewinnen für schmerzhaft Einschnitte und sogar Mehrheiten ist schwer, auch wenn das Ziel erkennbar ist. Für uns ist deshalb wichtig, dass der neue Weg auch Freude macht und Freude machen darf.

Eine wirkliche Bereicherung im Leben, das weiß jeder aus eigener Erfahrung, entsteht nicht durch eine Lohnerhöhung, sondern durch Menschlichkeit.

Der Sozialstaat als reiner Umverteilungsstaat mit hochkomplexer Bürokratie löst aber kein menschliches Empfinden, keine Freude aus. Denn die Lösung sozialer Probleme durch den Sozialstaat fördert Einsamkeit, weil lediglich durch Geld geholfen werden kann und nicht durch Mitmenschlichkeit. Wer wird die Yuppies in 20 Jahren im Altersheim besuchen, wenn sie keine Kinder und keine Familie haben?

So wie viele Leute schwitzen, um abzunehmen, und gerade dadurch ein Erfolgserlebnis entsteht, so müssen wir den Prozess der Reformen gestalten. Der Anstrengung sollte ein menschlicher Gegenwert entspringen: bei der Pflege, der Kindererziehung, der Gesundheitsvorsorge. Sie wird belohnt durch Freude an der eigenen Leistungsfähigkeit und an

der praktizierten Hilfe zugunsten der Schwächeren. Not macht erfinderisch, sagt man. Wir leben nicht in Not. Aber erfinderisch könnten wir schon etwas mehr sein.

Der Schub an Solidarität mit Schwächeren, wie er für die Geschädigten des Augusthochwassers in Sachsen 2002 deutschlandweit zustande gebracht worden ist und nicht allein aus finanzieller Hilfe, sondern vor allem aus vielfacher tätiger Nächstenliebe bestanden hat, lehrt uns: Wir alle sind in der Lage, zu helfen, wenn und wo Not sich eingestellt hat: Anstrengung macht Freude.

**Nur wer selbst etwas geleistet hat, ist auf sich stolz. Diese fundamentale Erfahrung können wir uns im Reformprozess zunutze machen.**

Und Freude entsteht auch, wenn uns ein Kinderlachen dazu ansteckt.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik ...



## 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg

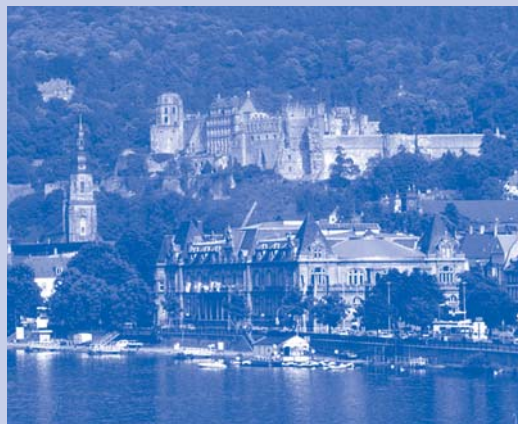
mit

**Dr. Angela Merkel** MdB  
Vorsitzende der CDU Deutschlands

**Bischof Dr. Ulrich Fischer**  
Landesbischof der Evangelischen Kirche in Baden

**Prof. Dr. Klaus Berger**  
Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Heidelberg

**Prof. emerit. Dr. Dr. hc Christoph Link**  
Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht, Erlangen



**Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!**

„Freut euch aber, dass eure Namen im Himmel geschrieben sind.“ (Lk. 10,20)

„Wer schreibt, der bleibt“ – so lautet ein gängiges Sprichwort. Das kulturelle Gedächtnis der Menschheit ist in unmittelbarer Weise mit der Erfindung und Kultivierung der Schriftlichkeit verbunden. Wo der Mensch an die Grenzen der mündlichen Überlieferung und der direkten Begegnung stößt, hilft ihm das Schriftliche, das Zeit und Raum zu übergreifen und zu transzendieren vermag. Dies wussten auch und vor allem die Herrscher der Weltgeschichte für sich zu Nutzen zu machen. Das Medium der Schrift verhalf Ihnen gleichsam zur historischen Unsterblichkeit. Schon im Alten Ägypten war es auf der anderen Seite gang und gäbe, die Namen der unliebsamen Throninhaber im Nachhinein auszutilgen, um somit jegliche Erinnerung an sie selbst, ihr Leben und ihre Taten für immer auszulöschen (damnatio memoriae). Noch vor der erst neuzeitlichen „Entdeckung“ des Einzel-Subjektes wusste man intensiv um die Bedeutsamkeit des Namens für die Person und dessen Identität.

Was namenloses Leid und Schrecken bedeuten können, hat uns in den letzten Wochen nicht nur die fürchterliche Naturkatastrophe in Südostasien wieder vor Augen geführt, sondern auch das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz vor 60 Jahren in Erinnerung gerufen. Der mit diabolischer Rationalität unternommene Versuch der nationalsozialistischen Mordtreiber, durch die physische Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes, dieses dem endgültigen weltgeschichtlichen Vergessen Preis zu geben, ist auch für uns Heutige letztlich unfassbar und unbegreiflich. Gegen all dieses namenlose Schrecken und gegen all diese unvorstellbare Vernich-

tung menschlichen Lebens setzen wir als Christen, zusammen mit dem Judentum, die unbedingte Achtung und Ehrfurcht vor jedem einzelnen menschlichen Namen. Der Besuch von Bundespräsident Horst Köhler in Jad Waschem und sein Appell „Wir dürfen nicht vergessen“ hat uns dies vor kurzem neu ins Bewusstsein gerufen. Als Christen halten wir an der mit dem jüdischen Volk gemeinsamen Verheißung fest, dass Gott jeden einzelnen Menschen bei seinem Namen ruft und ihn nicht aus seiner Hand entlässt. Wir bekennen – auch und gerade wider den allgemeinen weltgeschichtlichen Augenschein – die unantastbare Würde, Besonderheit und Unverwechselbarkeit einer jeden Person.

Solches von Herzen zu bekennen, zu erinnern und danach zu leben, ist aber nicht nur lediglich als Privatangelegenheit des frommen Einzelgemütes zu erachten, sondern stellt immer auch zugleich ein Politikum erster Güte dar. Es macht somit auch einen unendlich großen Unterschied, ob die Menschen, die auf politische Weise Verantwortung tragen, von dieser biblischen Gewissheit getragen sind oder nicht. Jesu Zusage, dass unsere Namen im Himmel aufgeschrieben sind, ist und bleibt bereits hier auf Erden unser Trost und unsere beständige Zuversicht. Wir haben vor Gott Bestand und bleiben, auch wenn wir in dieser Welt keine letzte Bleibe finden können und all unsere eitle irdische Bestandssicherung nur vorläufiger Art ist. Aus dieser hoffnungsvollen wie nüchternen Gewissheit heraus sind wir zur Wahrnehmung unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen aufgerufen.

*Meißner*

### Unsere Autoren:

Vizepräsident Dr. Hermann Barth  
Kirchenamt der EKD  
Herrenhäuser Straße 2  
30419 Hannover

Klaus Baschang  
Schlehenweg 3  
76149 Karlsruhe

Peter Schuster  
Hochdorferstraße. 36  
73274 Notzingen